

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Detmold

Bezirksregierung Detmold
Leopoldstraße 15 · 32756 Detmold
Postvertriebsstück Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG

197. Jahrg.

Ausgegeben in Detmold am 17. Dezember 2012

Nr. 51

Inhalt

A. Runderlasse und Mitteilungen der Landesregierung und der obersten Landesbehörden

- 283 Widmung und Umstufung von Teilstrecken auf Bundesfernstraßen, S. 289/290

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

- 284 Regionalplan; Unterrichtung über die 6. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Detmold – Teilabschnitt (TA) Paderborn-Höxter; Umwandlung von „Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen“ (GIB) in „Allgemeine Siedlungsbereiche“ (ASB) auf dem Gebiet der Stadt Höxter, S. 290/291
285 Regionalplan; Raumordnungsverfahren für die 110 kV-Netzanbindung des Trianel Wasserspeicherkraftwerkes Nethe (TWN) an das Umspannwerk Wür-gassen, S. 291

- 286 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Naturschutzgebiet „Weseraue“ in der Stadt Petershagen, Kreis Minden-Lübbecke, S. 291-296

- 287 Regionalrat des Regierungsbezirks Detmold; Sitzungstermine im Jahre 2013, S. 296

- 288 Umstufung eines Kreisstraßenabschnittes in der Stadt Blomberg, Kreis Lippe, S. 296

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

- 289 Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge; Sitzung der Verbandsversammlung, S. 297

A. Runderlasse und Mitteilungen der Landesregierung und der obersten Landesbehörden

283 Widmung und Umstufung von Teilstrecken auf Bundesfernstraßen

Ministerium für Bauen, Düsseldorf, den 5. Dezember 2012
Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen
III A1-11-44/65

Im Gebiet der kreisfreien Stadt Bielefeld, Regierungsbezirk Detmold, hat sich durch den Neubau von Teilstrecken der Autobahn 33 zwischen der Autobahn 2 und der Bundesstraße 61 die Verkehrsbedeutung von Teilstrecken der Bundesstraße 68 geändert. In diesem Zusammenhang erhalten die Teilstrecken der neu gebauten A33 (A2 – B 61)

- 1.) von NK 4017 076 A nach NK 4017 087 O
von Station 0,000 nach Station 1,745 (Länge 1,745 km)
2.) von NK 4017 087 O nach NK 4016 089 O
von Station 0,000 nach Station 4,344 (Länge 4,344 km)
3.) von NK 4017 089 O nach NK 4016 499 (fiktiv)
von Station 0,000 nach Station 0,611 (Länge 0,611 km)
(Gesamtlänge 1-3: 6,700 km)

sowie die neu gebauten Verbindungsstrecken im Netzknoten 4017 076

- 4.) I – K Länge 1,763 km
M – N Länge 2,007 km
Z – L Länge 0,384 km
G – W Länge 0,301 km
F – C Länge 0,673 km
X – U Länge 1,646 km
D – E Länge 1,582 km
Y – H Länge 0,486 km
B – J Länge 0,600 km
P – V Länge 0,737 km
S – Q Länge 0,389 km
R – T Länge 0,281 km

(Gesamtlänge 4: 10,849 km)

sowie die Verbindungsstrecken im neu gebauten Netzknoten 4017 087

- 5.) B – C Länge 0,481 km
D – M Länge 0,551 km
E – F Länge 0,125 km
H – I Länge 0,478 km
K – G Länge 0,876 km
L – N Länge 0,082 km

(Gesamtlänge 5: 2,593 km)

sowie die Verbindungsstrecken im neu gebauten Netzknoten 4017 089

- 6.) K – L Länge 1,306 km
D – E Länge 0,597 km
M – N Länge 1,320 km
I – G Länge 0,750 km
H – F Länge 0,746 km
J – Z Länge 0,268 km

(Gesamtlänge 6: 4,987 km)

gemäß § 1 FStrG die Eigenschaft einer Bundesautobahn und werden nach § 2 FStrG zur BAB 33 (Ziffer 1-3 sowie Ziffer 5 und 6) bzw. zur BAB 2 (Ziffer 4) gewidmet.

Die neu gebauten Teilstrecken der B 61

- 7.) von NK 4016 498 (fiktiv) nach NK 4016 089 O neu
von Station 0,515 nach Station 0,625 (Länge 0,110 km)
8.) von NK 4016 089 O neu nach NK 4016 090 O neu
von Station 0,000 nach Station 0,832 (Länge 0,832 km)
9.) von NK 4016 090 O neu nach NK 3917 119 A
von Station 0,000 nach Station 0,526 (Länge 0,526 km)
(Gesamtlänge 7-9: 1,468 km)

sowie die neu gebauten Verbindungsstrecken im Netzknoten 4016 090

- 10.) H – I Länge 0,569 km
F – G Länge 0,669 km
K – L Länge 0,160 km

(Gesamtlänge 10: 1,398 km)

erhalten gemäß § 1 FStrG die Eigenschaft einer Bundesstraße und werden nach § 2 FStrG zur B 61 gewidmet.

Die Teilstrecken der B 68

- 11.) von NK 4017 078 O nach NK 4017 034 A
von Station 0,000 nach Station 0,177 (Länge 0,177 km)
- 12.) von NK 4017 034 A nach NK 4017 041 O
von Station 0,000 nach Station 1,353 (Länge 1,353 km)
- 13.) von NK 4017 041 O nach NK 4017 068 O
von Station 0,000 nach Station 3,720 (Länge 3,720 km)
- 14.) von NK 4017 068 O nach NK 4017 069 O
von Station 0,000 nach Station 0,642 (Länge 0,642 km)
- 15.) von NK 4017 069 O nach NK 4017 070 O
von Station 0,000 nach Station 0,826 (Länge 0,826 km)
- 16.) von NK 4017 070 O nach NK 4016 077 A
von Station 0,000 nach Station 0,829 (Länge 0,829 km)

(Gesamtlänge 11-16: 7,855 km)

haben ihre Verkehrsbedeutung geändert und werden mit Wirkung ab 1. Januar 2013 gemäß § 2 Abs. 4 FStrG zur Landesstraße 756 (§ 3 Abs. 2 StrWG NRW) abgestuft.

Die Verbindungsstrecken im Netzknoten 4017 076 alt (A 2/ A 33)

- 17.) Q – Y Länge 1,039 km
- R – L Länge 1,046 km
- G – S Länge 1,066 km
- T – C Länge 1,007 km
- X – U Länge 1,667 km

(Gesamtlänge 17: 5,825 km)

haben jede Verkehrsbedeutung verloren und werden gemäß § 2 Abs. 4 FStrG eingezogen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden, Königswall 8, 32423 Minden schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen – ERVVO VG/FG – vom 1. Dezember 2010 (GV. NRW. S. 647) einzureichen oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Bei schriftlicher Klageerhebung ist die Rechtsbehelfsfrist nur gewahrt, wenn die Klageschrift vor Ablauf der Monatsfrist bei Gericht eingegangen ist. Wird die Klage schriftlich erhoben, sollen ihr zwei Durchschriften beigelegt werden. Falls die Frist durch das Verschulden eines von Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Kläger zugerechnet werden.

Im Auftrag
Querdell

ABl. Reg. Dt. 2012, S. 289/290

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

284

Regionalplan;

hier: Unterrichtung über die 6. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Detmold – Teilabschnitt (TA) Paderborn-Höxter; Umwandlung von „Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen“ (GIB) in „Allgemeine Siedlungsbereiche“ (ASB) auf dem Gebiet der Stadt Höxter

Der Regionalplan für den Regierungsbezirk Detmold – TA Paderborn-Höxter soll geändert werden.

Die Planung umfasst ein Teilgebiet der Stadt Höxter.

Gemäß § 10 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW wird der Entwurf der 6. Änderung des Regionalplanes – TA Paderborn-Höxter zusammen mit der Begründung von der Regionalplanungsbehörde vom 2. Januar 2013 bis zum 4. Februar 2013 (einschließlich) öffentlich ausgelegt.

Die Öffentlichkeit sowie die öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts gem. § 4 ROG (Beteiligte) werden hiermit beteiligt. Die Frist, innerhalb der die Öffentlichkeit und die Beteiligten Stellungnahmen zur Änderung vorbringen können, wird gem. § 10 Abs. 1 ROG i.V.m. § 13 Abs. 1 LPIG auf 1 Monat festgesetzt.

Personen, die in ihren Belangen berührt sind und öffentliche Stellen, deren Aufgabenbereich von der Änderung berührt werden, wird während der vg. Auslegungsfrist bzw. Veröffentlichungsfrist Gelegenheit gegeben zum Planentwurf und zur Begründung Stellung zu nehmen.

Eine Stellungnahme kann auch mittels „Beteiligung-Online“ abgegeben werden. „Beteiligung-Online“ ist über die Internetseite der Bezirksregierung Detmold (www.brdt.nrw.de) oder direkt über www.beteiligung-online.de/bo_detmold_pbhx_6 zu erreichen. Um dort eine Stellungnahme abgeben zu können, müssen Sie sich auf der Seite anmelden. Die Verfahrensunterlagen sind für jedermann (ohne Anmeldung) frei zugänglich.

Die Planunterlagen liegen in der Zeit vom 2. Januar 2013 bis 4. Februar 2013 (einschließlich) an folgenden Stellen und zu folgenden Dienstzeiten aus:

- a) Bezirksregierung Detmold, Dezernat 32 – Regionalentwicklung –, Raum D 310 (Herr Greger, Frau Ostsieker), Raum D 408 (Herr Anders, Herr Beckmann), Leopoldstraße 15, 32756 Detmold

Montag bis Freitag von 8.30 bis 12.00 Uhr und
von 13.30 bis 15.00 Uhr

oder nach telefonischer Absprache (05231-71-3286)

- b) Landrat des Kreises Höxter, Abteilung Bauen und Planen, Kreishaus Höxter, Zimmer D 529 (Herr Engel), Moltkestraße 12, 37671 Höxter

Montag bis Freitag von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr

Montag bis Donnerstag von 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr

oder nach Vereinbarung (Tel.: 05271-9654310)

Anregungen und Bedenken können bis zum 4. Februar 2013 (einschließlich) schriftlich, per e-mail (post32@brdt.nrw.de), zur Niederschrift bei der Bezirksregierung Detmold als Regionalplanungsbehörde (Postanschrift: Bezirksregierung Detmold, Dezernat 32, Leopoldstraße 15, 32756 Detmold) oder über das Internet www.beteiligung-online.de/bo_detmold_pbhx_6 vorgebracht werden.

Während der Auslegungsfrist können auch am Auslegungsort in Höxter (Kreis Höxter) Stellungnahmen zur Niederschrift vorgebracht oder dort schriftlich eingereicht werden.

Stellungnahmen, die schriftlich, per e-mail oder über „Beteiligung-Online“ erfolgen, können nur berücksichtigt werden, wenn sie Vor- und Nachnamen sowie die vollständige Anschrift in lesbarer Form enthalten.

Die Bedenken und Anregungen aus der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sind bei der Abwägung im Rahmen der Änderung/Fortschreibung dieses Regionalplanes zu berücksichtigen; d.h. Planentwurfsänderungen aufgrund der Beteiligung sind möglich und vorgesehen. Der Regionalrat ist über die eingegangenen Stellungnahmen und deren Berücksichtigung im Verfahren zu informieren.

Nach Abschluss des Anzeigeverfahrens (Genehmigung) der Änderung des Regionalplanes werden die Ergebnisse der Planänderung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land NRW gem. § 11 ROG i.V.m. § 14 LPIG bekannt gemacht. Der Plan und die Begründung der Planaufstellung werden bei der Bezirksregierung, beim Kreis Höxter sowie bei der von der Änderung betroffenen Kommune, der Stadt Höxter, zur Einsicht niedergelegt. In der Bekanntmachung wird hierauf verwiesen.

Eventuelle Kosten, die bei der Einsichtnahme in die Unterlagen und/oder bei der Geltendmachung der Stellungnahmen entstehen, können nicht erstattet werden.

Detmold, den 11. Dezember 2012

Bezirksregierung Detmold
Im Auftrag
Patschke

ABl. Reg. Dt. 2012, S. 290/291

**285 Regionalplan;
hier: Raumordnungsverfahren für die
110 kV-Netzanbindung des
Trianel Wasserspeicherkraftwerkes Nethe (TWN)
an das Umspannwerk Würgassen**

Die Regionalplanungsbehörde bei der Bezirksregierung Detmold hat das o. g. Raumordnungsverfahren mit folgender Raumordnerische Beurteilung am 5. Dezember 2012 abgeschlossen.

Raumordnerische Beurteilung der 110 kV-Netzanbindung des Trianel Wasserspeicherkraftwerkes Nethe (TWN) an das Umspannwerk Beverungen-Würgassen

Das Raumordnungsverfahren (ROV) für die 110 kV-Netzanbindung des von der Trianel GmbH geplanten Wasserspeicherkraftwerkes Nethe (TWN) schließe ich auf der Grundlage der von der Trianel GmbH vorgelegten Unterlagen, des Ergebnisses der Beteiligung der Behörden und öffentlichen Stellen sowie der Öffentlichkeit und der durchgeführten Erörterung wie folgt ab:

Raumordnerische Beurteilung

1.1 Ergebnis

Nach Durchführung eines Raumordnungsverfahrens nach § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 32 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) komme ich zu dem Ergebnis, dass die 110 kV-Netzanbindung vom geplanten Wasserspeicherkraftwerk Nethe zum Umspannwerk Würgassen auf der in der Anlage dargestellten Trasse in der Ausführung als Erdkabel auf gesamter Länge mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar, mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen abgestimmt ist und das Vorhaben den auf dieser Planungsstufe zu prüfenden Anforderungen an die Umweltverträglichkeit entspricht.

1.2 Rechtswirkungen des Raumordnungsverfahrens

Die Raumordnerische Beurteilung ist als „sonstiges Erfordernis der Raumordnung“ nach § 4 Abs. 1 ROG bei raumbedeutsamen Planungen oder Maßnahmen öffentlicher Stellen und auch bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über solche Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Sie hat gegenüber dem Träger des Vorhabens und gegenüber Einzelnen keine unmittelbare Rechtswirkung.

1.3 Befristung der Geltungsdauer der Raumordnerischen Beurteilung

Sofern mit dem Verfahren für die Zulassung des Vorhabens noch nicht begonnen worden ist,

- ist diese Raumordnerische Beurteilung fünf Jahre nach ihrer Bekanntgabe daraufhin zu überprüfen, ob sie mit den dann geltenden Zielen und Grundsätzen der Raumordnung

noch übereinstimmt und mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen noch abgestimmt ist (§ 32 Abs. 6 Satz 2 LPIG).

- wird diese Raumordnerische Beurteilung zehn Jahre nach ihrer Bekanntmachung unwirksam (§ 32 Abs. 6 Satz 4 LPIG).

1.4 Kostenfestsetzung

Nach § 32 Abs. 5 LPIG sind für die Durchführung eines ROV Gebühren und Auslagen zu erheben, die sich aus der geltenden Fassung des Gebührengesetzes für das Land NRW ergeben. Hierzu ergeht ein gesonderter Bescheid.

Hinweis: Die Raumordnerische Beurteilung wird gem. § 32 Abs. 4 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) ohne Begründung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold bekannt gegeben. Die Raumordnerische Beurteilung wird mit Begründung bei der Regionalplanungsbehörde (Bezirksregierung Detmold), dem Kreis Höxter und den Städten Beverungen und Höxter, auf deren Gebiet sich das Vorhaben der Trianel GmbH erstreckt, für die Dauer von fünf Jahren zur Einsicht für jedermann bereitgehalten. Die Gemeinden haben ortsüblich bekannt zu machen, bei welchen Stellen die Raumordnerische Beurteilung während der Dienststunden eingesehen werden kann.

Die Raumordnerische Beurteilung wird mit der Begründung an folgenden Stellen zur Einsicht für jedermann bereitgehalten:

- Bezirksregierung Detmold, Leopoldstraße 15, 32756 Detmold, Raum D 310 oder Raum D 408, Montag bis Freitag 8.00 bis 12.00 Uhr und 13.30 bis 15.00 Uhr oder nach telefonischer Absprache (05231-713286)
- Kreis Höxter, Moltkestraße 12, 37671 Höxter
- Stadt Beverungen, Weserstraße 12, 37688 Beverungen
- Stadt Höxter, Westerbachstraße 45, 37671 Höxter.

Detmold, den 12. Dezember 2012

Bezirksregierung Detmold
Im Auftrag
Patschke

ABl. Reg. Dt. 2012, S. 291

**286 Ordnungsbehördliche Verordnung
für das Naturschutzgebiet „Weseraue“
in der Stadt Petershagen, Kreis Minden-Lübbecke
Vom 23. November 2012**

Aufgrund des § 23 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege – Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) – sowie der §§ 42 a Abs. 1 und 3 sowie 42 d in Verbindung mit den §§ 8 und 73 Abs. 1 Satz 2 des Landschaftsgesetzes (LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000 (GV. NRW S. 568/SGV. NRW 791) und der §§ 12, 25 und 27 des Ordnungsbehörden-gesetzes (OBG) sowie § 20 des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen (LJG-NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1994 (GV. NRW 1995 S. 2/SGV. NRW 792) wird – hinsichtlich der Regelungen zur Ausübung der Jagd im Einvernehmen mit der oberen Jagdbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen – verordnet:

**§ 1
Schutzgebiet**

Das 755,9 ha große Gebiet „Weseraue“ wird unter Naturschutz gestellt. Das geschützte Gebiet erfasst ca. 27,5% der Gesamtfläche des Vogelschutzgebietes DE-3519-401 „Weseraue“ und ist somit Bestandteil des kohärenten europäischen ökologischen Netzes besonderer Schutzgebiete „Natura 2000“ gemäß Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie

der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) vom 21. Mai 1992 (ABl. EG Nr. L 206 S. 7), geändert durch Richtlinie 97/62/EWG vom 27. Oktober 1997 (ABl. EG Nr. L 305 S. 42). Das Naturschutzgebiet „Weseraue“ ist weiterhin Teilfläche des Feuchtgebietes von internationaler Bedeutung nach der Ramsar-Konvention „Weserstaustufe Schlüsselburg“.

Das Naturschutzgebiet umfasst folgende Flächen:

Stadt Petershagen,

Gemarkung Buchholz,

Flur 1, Flurstücke 1, 6 tlw., 7/2, 8, 10, 12, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 34, 35, 36, 39 tlw., 47, 49, 50, 55, 57, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 71, 73, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 7/1, 4/2, 13/2, 13/3,

Flur 3, Flurstücke 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11 tlw., 15 tlw.,

Flur 5, Flurstücke 4 tlw., 9, 63 tlw., 64, 67, 68, 69, 70,

Gemarkung Döhren,

Flur 1, Flurstücke 57, 58, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 82,

Flur 2, Flurstücke 62 tlw., 77, 129, 140, 141, 147, 152, 153, 154, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 171, 172, 173, 128/9, 129, 231/128,

Flur 3, Flurstücke 1, 2, 4 tlw., 97,

Flur 4, Flurstücke 1, 2, 3 tlw., 7 tlw.,

Flur 6, Flurstücke 23, 35, 36, 50, 56, 57, 58, 63,

Gemarkung Großenheerse,

Flur 2, Flurstück 55,

Gemarkung Hävern,

Flur 1, Flurstücke 57 tlw., 63 tlw., 67, 69, 73 tlw., 77, 47/1 tlw.,

Flur 2, Flurstücke 4, 6, 9, 10, 11, 32/1, 33, 45 tlw., 46, 47 tlw., 51, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 65, 73, 75, 76, 77, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 89, 90, 91, 92, 31/1, 5/3, 29/2, 49/6, 50/2, 62/30, 71/30, 72/30, 73/30, 83/38, 85/38, 86/38,

Flur 3, Flurstücke 52, 53, 56, 57, 64, 65, 66, 67, 82, 98 tlw., 99, 100 tlw., 101 tlw., 114, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 146, 147, 148, 149, 150, 163, 164, 111/81, 81/1,

Flur 4, Flurstücke 81 tlw., 85, 123 tlw., 124, 100/63, 91/62, 92/62, 93/62, 94/62, 95/63, 96/63, 97/63, 98/63, 99/63,

Gemarkung Heimsen,

Flur 10, Flurstücke 13, 14, 15, 16, 17, 18, 31,

Flur 11, Flurstücke 39, 45, 103, 185, 207, 216,

Flur 12, Flurstücke 3, 4, 29, 32 tlw., 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 69 tlw., 73 tlw., 79, 80, 5/1, 112/2, 115/6, 116/6, 117/6, 119/10, 43/7, 44/7, 45/6, 49/7, 50/7, 53/7, 54/7, 55/7, 56/7, 57/7, 58/7, 60/6, 61/7, 87/1, 88/1, 93/1,

Gemarkung Ilvese,

Flur 5, Flurstücke 1, 21, 22, 23, 26, 29, 30, 31, 33, 36, 48, 49, 50, 51, 61, 62,

Flur 6, Flurstücke 1, 6, 13, 14, 15, 17 tlw., 46 tlw., 48, 56, 57 tlw., 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66,

Flur 8, Flurstücke 1, 5 tlw., 6 tlw., 8 tlw., 12 tlw., 14, 15 tlw., 50, 93 tlw., 100 tlw., 101 tlw., 102 tlw., 126 tlw., 127 tlw., 141 tlw.,

Flur 9, Flurstücke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12 tlw., 13, 14, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 28, 37 tlw.,

Gemarkung Jössen,

Flur 8, Flurstück 7,

Flur 9, Flurstücke 1, 20 tlw.,

Flur 12, Flurstücke 1, 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 26 tlw., 27, 28, 29, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 39, 40, 41, 42, 44, 46, 47, 48, 49, 54, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 65, 66, 70, 72, 73, 75, 77, 78, 79, 80, 81, 83, 84, 86, 87, 88, 93, 94, 95, 100, 101, 102, 103, 105, 108,

Flur 13, Flurstücke 10 tlw., 18 tlw., 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36 tlw., 37, 38 tlw., 39, 40, 41, 42 tlw., 43, 44, 45, 47, 58 tlw., 63 tlw., 132, 137, 138, 139, 141, 142, 147, 24/2,

Gemarkung Lahde,

Flur 20, Flurstücke 8, 11, 12, 13, 32 tlw., 33, 34, 35, 47, 48, 49, 50, 51,

Gemarkung Ovenstädt,

Flur 3, Flurstück 36,

Flur 4, Flurstücke 1, 32, 271, 272, 273, 274, 275, 454, 592 tlw.,

Flur 5, Flurstücke 45 tlw., 46 tlw., 47, 48 tlw., 49, 50, 51, 53, 54, 56, 58, 59 tlw., 61, 63, 66, 68, 71, 72, 78, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 91, 93, 107, 138, 140, 141, 143, 144, 147, 148, 149, 150, 158, 160, 161, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 203, 204, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 215, 216, 217, 220, 221, 222, 224, 226, 227, 228, 229, 232, 233, 234, 241, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 267, 268, 269,

Gemarkung Petershagen,

Flur 1, Flurstücke 155, 157, 162, 204 tlw., 205, 206, 207, 208, 209, 218 tlw., 219 tlw., 220, 221, 222 tlw., 225, 226,

Flur 2, Flurstücke 125, 126 tlw., 128, 129, 148 tlw., 158, 166, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 211, 220 tlw., 231, 232, 233, 234, 235, 237, 240, 241, 242, 243, 247, 248,

Flur 3, Flurstücke 75, 76, 88, 140

Flur 5, Flurstücke 1, 5 tlw., 97, 99, 114, 125, 126, 129, 130, 145,

Gemarkung Schlüsselburg,

Flur 1, Flurstücke 25, 31, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 40, 41, 56, 90, 96, 104, 106, 109, 110, 111, 124, 125 tlw., 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135 tlw., 42/1, 42/2, 42/3,

Flur 4, Flurstücke 10, 13, 30, 31, 32, 34, 35, 36, 38, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 69, 71 tlw., 88 tlw., 89 tlw., 90 tlw., 9/2,

Flur 5, Flurstücke 62, 63 tlw., 76 tlw.,

Flur 14, Flurstücke 47, 97, 117,

Gemarkung Wasserstraße,

Flur 1, Flurstücke 9 tlw., 18, 19, 20, 101, 103 tlw., 110 tlw.,

Flur 2, Flurstücke 1, 3 tlw., 4 tlw., 5 tlw., 6 tlw.,

Flur 3, Flurstücke 52 tlw., 57, 59 tlw., 60 tlw.,

Gemarkung Windheim,

Flur 6, Flurstücke 107, 109, 116, 117, 143, 150, 152 tlw., 155, 160, 192, 193, 194, 199, 200, 203, 204, 229, 231, 257, 277, 278, 279, 280, 281 tlw., 284, 289, 290, 309 tlw., 314 tlw., 1/1, 2/1, 103/1, 105/1, 108/1, 152/126, 247/5, 51/1, 52/1, 53/3, 53/4,

Flur 7, Flurstücke 8, 17, 18, 19, 22, 67, 159, 160, 317, 417, 418, 436, 437, 438, 439, 445, 446, 447, 450, 451, 452, 453, 459, 466, 471, 472, 473, 6/1, 7/1, 12/1, 15/1, 161/1, 198/171, 206/171, 236/5, 237/5, 248/48, 249/49, 250/50, 251/50, 254/13, 268/178, 41/1,

Flur 8, Flurstücke 1, 5 tlw., 230 tlw., 239 tlw., 252 tlw., 272, 280 tlw., 289 tlw., 345 tlw., 346 tlw., 17/1 tlw., 32/1 tlw., 221/200 tlw., 224/32, 45/1 tlw., 49/1 tlw., 50/1, 50/2, 51/2, 51/3 tlw.,

Flur 14, Flurstücke 2, 3, 5, 7, 8, 9 tlw., 10, 11, 12, 13, 16, 18 tlw., 23, 29, 30, 31, 1/1, 17/1, 1/2, 17/2.

Die Lage des geschützten Gebietes ist in Karten

- im Maßstab 1 : 50 000 (Übersichtskarte, Anlage 1) und
- im Maßstab 1 : 5 000 (Naturschutzkarte, Anlage 2; 3 Teilkarten)

gekennzeichnet.

Die Abgrenzung der nur teilweise betroffenen Flurstücke ergibt sich aus der Anlage 2, wobei die innere Kante der Abgrenzungslinie die Gebietsgrenze bildet.

Die Anlagen 1 und 2 sind Bestandteil der Verordnung.

Die Karten können

- a) bei der Bezirksregierung Detmold
 - b) bei der Kreisverwaltung Minden-Lübbecke
 - c) bei der Stadtverwaltung Petershagen
- während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 2

Schutzzweck und Schutzziel

Die Unterschutzstellung erfolgt

- a) zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung landesweit bedeutsamer Lebensräume und Lebensstätten seltener und gefährdeter sowie landschaftsraumtypischer Tier- und Pflanzenarten, insbesondere zur Erhaltung, Entwicklung, Wiederherstellung und Pflege der flussbegleitenden, autentischen Stromtal-Kulturlandschaft im Überschwemmungs- und Einflussbereich der Weser mit ihren Staustufen.

Das geschützte Gebiet umfasst den Verlauf der in weiten Mäandern fließenden Weser und ist durch autotypische, überwiegend extensiv genutzte Grünlandbereiche mit Weiden und Wiesen unterschiedlicher Ausprägungen, Nutzungen und Nässegrade gekennzeichnet. Dieser Auenbereich der Weser wird in weiten Teilen durch Deiche begrenzt.

Das Biotopgefüge wird kleinflächig durch vornehmlich im Bereich der Hänge und Prallufer der Weser vorkommende Feldgehölze und Laubwaldstreifen sowie durch Weidengebüsche, weitere Fließgewässer, Gräben, Stillgewässer unterschiedlicher Größe und Ausprägung, durch Kleingewässer und Blänken sowie Ufergehölze, Kopfbäume, Hochstaudenfluren, Röhrichte, Hecken, Brachen und Sukzessionsflächen ergänzt.

Aufgrund der bandartigen Kulisse mit ausgedehnten Grünlandflächen und der Wasserfläche der Weser ergibt sich eine besondere funktionale Verknüpfung zwischen diesen Biotoperelementen. Dies begründet insbesondere die ganzjährige Bedeutung für Wasser-, Wat- und Wiesenvögel sowie für andere an Feuchtgebiete gebundene Vogelarten. Darüber hinaus steht das Gebiet im direkten, engen funktionalen Zusammenhang mit den im Vogelschutzgebiet gelegenen Stillgewässer- und Staubeichen sowie den Ackermarschen.

Das Gebiet trägt damit als zentraler, funktionaler und verbindender Bestandteil des EG-Vogelschutzgebietes „Weseraue“ mit seinen vielfältigen Funktionen maßgeblich zur Bedeutung des Vogelschutzgebietes als Brut-, Rast-, Mauser-, Nahrungs-, Durchzugs-, Rückzugs- und Überwinterungsgebiet für zahlreiche Vogelarten der EG-Vogelschutzrichtlinie bei.

Außerdem kommen im Gebiet der Steinbeißer (*Cobitis taenia*) und der Schlammpeitzger (*Misgurnus fossilis*) als besonders geschützte Fischarten vor. Darüber hinaus hat das Gebiet lokal besondere Bedeutung als Lebensraum für seltene und gefährdete Amphibien und Reptilien, für seltene und gefährdete Pflanzenarten und Pflanzengesellschaften sowie für Wasserinsekten.

- b) aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen und landeskundlichen Gründen;
- c) wegen der Seltenheit, besonderen Eigenart und hervorragenden Schönheit der offenen, weitläufigen, durch die Weser und das anschließende Auengrünland geprägten Flusslandschaft mit ihren grundwasserbeeinflussten Auenböden im Naturraum der Mittelweser.
- d) zum besonderen Schutz und zur Entwicklung der Lebensräume für die in diesem Teilbereich des Vogelschutzgebietes DE-3519-401 „Weseraue“ vorkommenden Vogelarten, insbesondere für die nach Artikel 4, Absatz 1 und 2 der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Abl. L 20 vom 26. Januar 2010, S. 7) geschützten Arten. Davon sind folgende Arten für das Gebiet prägend:
 - Teichrohrsänger (*Acrocephalus scirpaceus*),
 - Flussuferläufer (*Actitis hypoleucos*),
 - Eisvogel (*Alcedo atthis*),
 - Spießente (*Anas acuta*),
 - Löffelente (*Anas clypeata*),
 - Krickente (*Anas crecca*),
 - Pfeifente (*Anas penelope*),
 - Knäkente (*Anas querquedula*),
 - Schnatterente (*Anas strepera*),
 - Blässgans (*Anser albifrons*),
 - Saatgans (*Anser fabalis*),
 - Wiesenpieper (*Anthus pratensis*),
 - Tafelente (*Aythya ferina*),
 - Weißwangengans (*Branta leucopsis*),
 - Silberreiher (*Casmerodius albus*),
 - Flussregenpfeifer (*Charadrius dubius*),
 - Weißstorch (*Ciconia ciconia*),
 - Trauerseeschwalbe (*Chlidonias niger*),
 - Rohrweihe (*Circus aeruginosus*),
 - Wachtelkönig (*Crex crex*),

- Zwergschwan (*Cygnus columbianus bewickii*),
- Singschwan (*Cygnus cygnus*),
- Wanderfalke (*Falco peregrinus*),
- Baumfalke (*Falco subbuteo*),
- Bekassine (*Gallinago gallinago*),
- Kranich (*Grus grus*),
- Seeadler (*Haliaeetus albicilla*),
- Raubwürger (*Lanius excubitor*),
- Gänsesäger (*Mergus merganser*),
- Zwergsäger (*Mergus albellus*),
- Rotmilan (*Milvus milvus*),
- Großer Brachvogel (*Numenius arquata*),
- Pirol (*Oriolus oriolus*),
- Fischadler (*Pandion haliaetus*),
- Kampfläufer (*Philomachus pugnax*),
- Goldregenpfeifer (*Pluvialis apricaria*),
- Zwergtaucher (*Podiceps ruficollis*),
- Wasserralle (*Rallus aquaticus*),
- Uferschwalbe (*Riparia riparia*),
- Braunkehlchen (*Saxicola rubetra*),
- Flussseseschwalbe (*Sterna hirundo*),
- Brandgans (*Tadorna tadorna*),
- Dunkler Wasserläufer (*Tringa erythropus*),
- Bruchwasserläufer (*Tringa glareola*),
- Grünschenkel (*Tringa nebularia*),
- Waldwasserläufer (*Tringa ochropus*),
- Kiebitz (*Vanellus vanellus*).

§ 3

Verbote

(1) In dem geschützten Gebiet sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können.

(2) In dem geschützten Gebiet ist es insbesondere verboten:

1. bauliche Anlagen zu errichten, zu ändern oder deren Nutzung zu ändern, auch wenn dafür keine Planfeststellung, Anzeige oder Genehmigung erforderlich ist.
Bauliche Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind die in § 2 Abs. 1 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GV. NRW S. 255/SGV. NRW 232) definierten Anlagen sowie Verkehrsanlagen, Wege und Plätze einschließlich deren Nebenanlagen;
unberührt von diesem Verbot bleiben:
 - a) das Errichten von offenen Ansitzleitern, wenn diese der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd dienen und dem in § 2 formulierten Schutzzweck nicht zuwiderlaufen;
 - b) die Errichtung von Viehunterständen, offenen Melkständen, Pumpentränken und ortsüblichen Weidezäunen im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;
 - c) die Unterhaltung von Straßen und Wegen im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;
2. die Flächen außerhalb der befestigten oder besonders gekennzeichneten Straßen und Wege zu betreten und zu befahren, auf ihnen zu reiten, die Stillgewässer zu befahren sowie Eisflächen zu betreten und Fahrzeuge aller Art abzustellen;
unberührt von diesem Verbot bleiben:
 - a) das Betreten und Befahren im Rahmen der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis im Sinne der geltenden Rechtsordnung sowie das Betreten und Befahren im Rahmen der Deich- und Gewässerunterhaltung;
 - b) das Betreten im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd und der Fischerei sowie das Befahren zur Bergung von schwerem Wild im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd, soweit Jagd und Fischerei nicht nach § 6 und § 7 dieser Verordnung eingeschränkt oder verboten sind;

- c) das Betreten und Befahren durch den Eigentümer oder Nutzungsberechtigten;
 - d) das Betreten und Befahren zur Durchführung behördlicher Überwachungsaufgaben;
 - e) das Befahren der Bundeswasserstraße mit Wasserfahrzeugen, soweit dies nach bundesrechtlichen Vorschriften zulässig ist;
3. Leitungen aller Art einschließlich Telekommunikationsanlagen sowie Zäune und andere Einfriedungen anzulegen oder zu ändern;
unberührt von diesem Verbot bleiben:
- a) die ordnungsgemäße Unterhaltung vorhandener Entsorgungs- und Versorgungsleitungen und -anlagen im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;
 - b) die Unterhaltung ortsüblicher Weidezäune;
4. Werbeanlagen oder -mittel und Schilder oder Beschriftungen zu errichten, anzubringen oder zu verändern;
unberührt von diesem Verbot bleiben die Errichtung, das Anbringen und Verändern von Schildern oder Beschriftungen mit behördlicher Zustimmung, soweit sie ausschließlich auf den Schutzzweck des Gebietes hinweisen oder als Orts- und Verkehrshinweise, Wegmarkierungen oder Warntafeln dienen;
5. Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen, Warenautomaten oder Zelte aufzustellen sowie Wohnwagen, Wohnmobile, Wohncontainer oder ähnliche dem zeitweisen Aufenthalt von Menschen dienende Anlagen abzustellen oder Stellplätze für sie anzulegen;
6. Gehölze oder wild wachsende Pflanzen und Pflanzenbestände sowie Pilze ganz oder in Teilen zu beseitigen, zu beschädigen, auszugraben oder sie auf andere Weise in ihrem Wachstum, ihrem Weiterbestand oder ihrer Funktion zu beeinträchtigen;
unberührt von diesem Verbot bleiben:
- a) die ordnungsgemäße landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis im Sinne der geltenden Rechtsordnung, soweit diese nicht nach § 4 und § 5 dieser Verordnung eingeschränkt oder verboten sind;
 - b) die Entnahme und der Rückschnitt von Gehölzen im Rahmen der ordnungsgemäßen Unterhaltung der Deiche, der Gewässer, der Straßen und Wirtschaftswege sowie von Versorgungs- und Entsorgungsanlagen, wenn diese vorher einvernehmlich mit der unteren Landschaftsbehörde abgestimmt wurden;
 - c) die fachgerechte Pflege von Hecken und Kopfbäumen in der Zeit vom 1. Oktober eines jeden Jahres bis zum 28. Februar des folgenden Jahres, wenn diese dem in § 2 dieser Verordnung formulierten Schutzzweck nicht zuwiderläuft, im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;
7. wild lebende Tiere zu fangen, zu töten, zu verletzen oder mutwillig zu beunruhigen oder zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, ihre Puppen, Larven, Eier oder sonstigen Entwicklungsformen zu sammeln oder zu beschädigen oder ihre Bauten, Nester oder sonstige Brut- und Lebensstätten fortzunehmen, zu beschädigen oder die Tiere durch Filmen, Fotografieren oder ähnliche Handlungen zu stören;
unberührt von diesem Verbot bleibt die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd und der Fischerei, soweit diese nicht nach § 6 und § 7 dieser Verordnung eingeschränkt oder verboten sind;
8. Pflanzen oder Tiere einzubringen oder auszusetzen;
unberührt von diesem Verbot bleiben:
- a) die ordnungsgemäße landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis im Sinne der geltenden Rechtsordnung, soweit diese nicht nach § 4 und § 5 dieser Verordnung eingeschränkt oder verboten sind;
 - b) das Aufstellen von Bienenvölkern in mobilen Anlagen im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;
9. Camping-, Zelt-, Picknick- oder Lagerplätze anzulegen, zu zelten, zu lagern, zu baden, zu grillen oder Feuer zu machen;

- unberührt von diesem Verbot bleibt das kurzzeitige Baden und Lagern im Bereich des Weserufer von Strom-km 239,0 bis Strom-km 239,1 (östliches Weserufer) durch den Nutzungsberechtigten in der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. August eines jeden Jahres mit maximal 5 Personen;
10. Einrichtungen für Spiel-, Freizeit- und Sportaktivitäten einschließlich Modellsport anzulegen, zu unterhalten oder bereitzustellen sowie diese Aktivitäten auszuüben und Sportveranstaltungen aller Art durchzuführen;
unberührt von diesem Verbot bleibt das Durchfahren der Gehle mit Kanus in der Zeit vom 1. Juli eines jeden Jahres bis zum 14. März des jeweiligen Folgejahres im Rahmen der Ausübung des Kanusports mit bis zu 6 Booten;
11. mit Fluggeräten zu starten oder zu landen;
12. Hunde unangeleint laufen zu lassen und Hundesportübungen, Hundeausbildung und Hundeprüfungen durchzuführen;
unberührt von diesem Verbot bleibt der Einsatz von Jagdhunden im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd mit Ausnahme der Ausbildung von Jagdhunden im Rahmen der jagdlichen Regelungen des § 6 dieser Verordnung sowie der Einsatz von Hütehunden im Rahmen der Schäferei;
13. Abgrabungen, Aufschüttungen, Verfüllungen, Ausschachtungen und Sprengungen vorzunehmen, die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern und Boden- oder Gesteinsmaterial zu entnehmen;
14. Boden, landschaftsfremde Stoffe oder Gegenstände, insbesondere feste und flüssige Abfallstoffe aller Art wie zum Beispiel Schutt und Gartenabfälle zu lagern oder auf- bzw. einzubringen;
15. Oberflächengewässer einschließlich ihrer Ufer und Fischteiche neu anzulegen, zu verändern, in eine intensive Nutzung zu überführen, zu beseitigen oder den ökologischen und chemischen Zustand der Oberflächenwasserkörper zu verschlechtern sowie Entwässerungsmaßnahmen und andere den Wasserhaushalt des Gebietes nachteilig verändernde Maßnahmen vorzunehmen;
unberührt von diesem Verbot bleiben:
- a) erforderliche Maßnahmen der Deich- und Gewässerunterhaltung im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde oder auf der Grundlage eines mit der unteren Landschaftsbehörde einvernehmlich abgestimmten Unterhaltungsplanes;
 - b) die Unterhaltung vorhandener Entwässerungsanlagen und der Ersatz von Drainagen durch solche gleicher Leistungsfähigkeit im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;
16. Erstaufforstungen vorzunehmen sowie Baumschul-, Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen sowie Kurzumtriebsplantagen anzulegen;
17. die chemische Behandlung von Holz oder anderen Materialien im Schutzgebiet vorzunehmen.

§ 4

Landwirtschaftliche Regelungen

Über die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 hinaus ist es auf den landwirtschaftlichen Flächen verboten:

- 1. Grünland und Brachflächen im Sinne des § 24 Abs. 2 LG sowie andere dauerhaft nicht genutzte Flächen umzubrechen oder in eine andere Nutzungsart umzuwandeln;
Pflegeumbrüche und Nachsaaten sind der unteren Landschaftsbehörde anzuzeigen. Die Maßnahmen dürfen in der Zeit vom 1. Juli bis zum 1. Oktober eines jeden Jahres durchgeführt werden, wenn die untere Landschaftsbehörde nicht binnen eines Monats nach der Anzeige hiergegen Bedenken erhebt;
- 2. Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Pflanzenbehandlungsmittel, Gülle, Klärschlamm und Festmist im Schutzgebiet zu lagern und diese Stoffe auf Brachflächen und dauerhaft nicht genutzten Flächen auszubringen;
- 3. Ufergehölze, Hecken, Obstbäume und Einzelbäume oder

Baumgruppen durch Weidevieh, Maschineneinsatz oder Bodenbearbeitung zu schädigen;

4. Silage- und Futtermieten anzulegen sowie Silage, Heu oder Stroh auf Flächen, die für Zwecke des Naturschutzes erworben wurden und auf sonstigen Flächen im öffentlichen Eigentum zu lagern.

§ 5

Waldbauliche Regelungen

Über die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 hinaus ist auf den Waldflächen verboten:

1. Laubwald in Nadelwald umzuwandeln;
2. Kahlhiebe anzulegen; als Kahlhiebe gelten alle innerhalb von 3 Jahren durchgeführten flächenhaften Nutzungen größer als 0,3 ha und Eingriffe, die den Bestockungsgrad unter 0,3 absenken; unberührt von diesem Verbot bleiben nach geltender Rechtsordnung Kahlhiebe zur Umwandlung von Flächen im Rahmen von Biotopverbesserungsmaßnahmen;
3. Wiederaufforstungen mit nicht der natürlichen Waldgesellschaft angehörenden Baumarten sowie mit Saat- und Pflanzgut aus nicht geeigneten Herkunftsgebieten vorzunehmen;
4. Pflanzenschutz- oder Düngemittel auszubringen sowie Holz oder andere Produkte im Schutzgebiet chemisch zu behandeln.

§ 6

Jagdliche Regelungen

Über die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 hinaus ist in dem geschützten Gebiet verboten:

1. die Jagd auf Wasservogel (Schwäne, Gänse, Entenvögel, Rallen, Watvögel, Möven); unberührt von diesem Verbot bleibt die Jagd auf Grau-, Kanada- und Nilgänse in der Zeit vom 16. Juli bis zum 14. Oktober eines jeden Jahres;
2. die ganzjährige Ausübung der Jagd auf den in der Naturschutzkarte (Anlage 2) entsprechend dargestellten Flächen;
3. die Ausübung der Jagd in der Zeit vom 1. November eines jeden Jahres bis zum 29. Februar des jeweiligen Folgejahres auf den in der Naturschutzkarte (Anlage 2) entsprechend dargestellten Flächen;
4. die Ausübung der Jagd in der Zeit vom 1. April bis zum 15. August eines jeden Jahres auf den in der Naturschutzkarte (Anlage 2) entsprechend dargestellten Flächen;
5. die Fallenjagd in der Zeit vom 1. November eines jeden Jahres bis zum 29. Februar des jeweiligen Folgejahres auszuüben;
6. Kunstbauten für die Baujagd neu zu errichten;
7. zusätzliche, geschlossene und feste Hochsitze neu zu errichten;
8. Wildäsaungsflächen, Wildäcker, Wildfütterungsanlagen und -plätze neu zu errichten oder neu anzulegen; unberührt von diesen Verböten bleiben:
 - a) Regelungen des § 22a Bundesjagdgesetz (Verhinderung von vermeidbaren Schmerzen oder Leiden des Wildes);
 - b) Maßnahmen des Jagdschutzes gemäß § 23 Bundesjagdgesetz in Verbindung mit § 25 Landesjagdgesetz.

§ 7

Fischereiliche Regelungen

(1) Über die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 hinaus ist in dem geschützten Gebiet die fischereiliche Nutzung und das Angeln in den in der Naturschutzkarte entsprechend dargestellten Bereichen folgender Still- und Fließgewässer verboten:

- a) für die Weser:
 1. ganzjährig:
 - 1.1 von Strom-km 219 bis Strom-km 221,92 (östliches Weserufer);
 - 1.2 von Strom-km 223 bis Strom-km 227 (westliches We-

serufer);

- 1.3 von Strom-km 238 bis Strom-km 239,5 (östliches Weserufer);
2. in der Zeit vom 1. November eines jeden Jahres bis zum 29. Februar des jeweiligen Folgejahres:
 - 2.1 von Strom-km 219,8 bis Strom-km 221,53 (westliches Weserufer)
 - 2.2 von Strom-km 222,5 bis Strom-km 223 (westliches Weserufer);
 - 2.3 von Strom-km 223 bis Strom-km 228 (östliches Weserufer);
 - 2.4 von Strom-km 228 bis Strom-km 229,85 (westliches Weserufer);
 - 2.5 von Strom-km 229,39 bis Strom-km 231,33 (östliches Weserufer);
 - 2.6 von Strom-km 237 bis Strom-km 238 (östliches Weserufer);
 - 2.7 von Strom-km 239,5 bis Strom-km 240,26 (östliches Weserufer);
- b) für die wesernahen Stillgewässer in der Gemarkung Windheim ganzjährig;
- c) für das Stillgewässer nördlich von Ilvese in der Zeit vom 1. April bis zum 15. August eines jeden Jahres;
- d) für die Gehle in der Zeit vom 15. März bis zum 30. Juni eines jeden Jahres.

(2) Im Rahmen der fischereilichen Nutzung und des Angelns ist das Aufstellen von Zelten verboten; unberührt von diesem Verbot bleibt die Nutzung von Angelschirmen mit einer Spannweite bis zu 3 m und einem nicht den Schirm vollumschließenden, maximal dreiseitigen Wetter-schutz.

§ 8

Nicht betroffene Tätigkeiten

Unberührt von den Verböten dieser Verordnung bleiben:

1. die vom Kreis Minden-Lübbecke als untere Landschaftsbehörde angeordneten, genehmigten oder von ihm selbst durchgeführten Sicherungs-, Pflege-, Entwicklungs- und sonstigen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege;
2. alle vor In-Kraft-Treten dieser Verordnung rechtmäßig ausgeübt oder behördlich genehmigten Nutzungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang soweit sie den Regelungen und dem Schutzzweck nach § 2 dieser Verordnung nicht widersprechen und getroffene Regelungen dieser Verordnung nicht ausdrücklich etwas anderes festsetzen;
3. Maßnahmen, die unbedingt erforderlich sind, um eine im Einzelfall drohende Gefahr (Notstand) abzuwehren; die Maßnahmen sind der unteren Landschaftsbehörde unverzüglich anzuzeigen und bedürfen der nachträglichen Zustimmung durch die untere Landschaftsbehörde; die Zustimmung kann mit Auflagen verbunden werden;
4. die von Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu erfüllenden Hoheitsaufgaben und Befugnisse des Bundes; Pflegemaßnahmen sind der unteren Landschaftsbehörde anzuzeigen.
5. die Nutzung der Flächen Gemarkung Ovenstädt, Flur 5, Flurstücke 138, 233 und 234 zu Zwecken der Verteidigung gemäß § 4, Ziffer 1, BNatSchG.

§ 9

Gesetzlich geschützte Biotope

Der von § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 62 LG erfasste und gesetzlich geregelte Biotopschutz bleibt von den Bestimmungen dieser Verordnung unberührt.

§ 10

Befreiungen

Gemäß § 67 BNatSchG in Verbindung mit § 69 Abs. 1 LG kann die untere Landschaftsbehörde von den Verböten dieser Verordnung auf Antrag Befreiung erteilen, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interes-

ses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder

2. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten und Straftaten

(1) Vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen die Verbote dieser Verordnung können nach § 69 BNatSchG in Verbindung mit den §§ 70 und 71 LG als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

(2) Unabhängig davon wird gemäß § 329 Abs. 3 und Abs. 4, Nr. 2 des Strafgesetzbuches (StGB) bestraft, wer innerhalb des Naturschutzgebietes

1. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt,
2. Abgrabungen oder Aufschüttungen vornimmt,
3. Gewässer schafft, verändert oder beseitigt,
4. Moore, Sümpfe, Brüche oder sonstige Feuchtgebiete entwässert,
5. Wald rodet,
6. Tiere einer im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes besonders geschützten Art tötet, fängt, diesen nachstellt oder deren Gelege ganz oder teilweise zerstört oder entfernt,
7. Pflanzen einer im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes besonders geschützten Art beschädigt oder entfernt oder
8. ein Gebäude errichtet und dadurch den Schutzzweck nicht unerheblich beeinträchtigt.

§ 12

Aufhebung bestehender Schutzverordnungen

Die ordnungsbehördliche Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Landkreis Minden vom 19. Dezember 1968, Amtliches Kreisblatt Nr. 16 für den Kreis Minden vom 5. Oktober 1970, wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

§ 13

Verfahrens- und Formvorschriften

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landschaftsgesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes kann gegen diese Verordnung nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) diese Verordnung ist nicht ordnungsgemäß verkündet worden oder
- b) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der höheren Landschaftsbehörde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

§ 14

In-Kraft-Treten

Nach § 34 OBG tritt diese Verordnung eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold in Kraft. Sie gilt 20 Jahre.

Detmold, den 23. November 2012
51.30 – 668

Bezirksregierung Detmold
Höhere Landschaftsbehörde
In Vertretung
Wesemeyer

ABl. Reg. Dt. 2012, S. 291-296

287 Regionalrat des Regierungsbezirks Detmold; hier: Sitzungstermine im Jahre 2013

Bezirksregierung Detmold Detmold, den 6. Dezember 2012
Geschäftsstelle des Regionalrates

Im Jahre 2013 werden an folgenden Terminen Sitzungen des Regionalrates des Regierungsbezirks Detmold stattfinden:

- 4. März 2013
- 17. Juni 2013
- 23. September 2013
- 16. Dezember 2013

ABl. Reg. Dt. 2012, S. 296

288 Umstufung eines Kreisstraßenabschnittes in der Stadt Blomberg, Kreis Lippe

Aufgrund einer Änderung der Verkehrsbedeutung gemäß § 8 Abs. 1, 3 und 5 in Verbindung mit § 3 Abs. 3 und 4 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) wird in der Stadt Blomberg, im Ortsteil Altonop (Gemarkung Donop), die Kreisstraße 89, Flur 3, Flurstücke 324 (Burgstätte), Flur 3, Flurstück 197 (Donoper Straße) sowie Flur 4, Flurstück 61 (Donoper Straße), zur Gemeindestraße in die Baulast der Stadt Blomberg abgestuft.

Die Umstufung wird mit Wirkung vom 1. Januar 2013 wirksam.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Verwaltungsgericht Minden, Königswall 8, 32423 Minden, (Postanschrift: Postfach 3240, 32389 Minden), schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten Klage erheben. Die Klage können Sie auch in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und Finanzgerichten im Land Nordrhein-Westfalen – ERVVO VG/FG vom 23. November 2005 (GV. NRW S 923) erheben.

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Detmold, den 27. November 2012
25.1.32-22/Lip

Bezirksregierung Detmold
Im Auftrag
Gemke

ABl. Reg. Dt. 2012, S. 296

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

289 **Zweckverband** **Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge;** **hier: Sitzung der Verbandsversammlung**

Die 8. Sitzung der 10. Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge findet statt am

Donnerstag, dem 13. Dezember 2012, 12.30 Uhr

in Detmold, Kreishaus, Felix-Fechenbach-Straße 5, Raum 408 (Kreistagsitzungssaal).

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers
- TOP 3 Landeswettbewerb „Naturpark.2015.Nordrhein-Westfalen“

TOP 4 Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013

TOP 5 EFRE-Projekt „NaturZeitReise“

TOP 6 Berichte der Verwaltung über laufende Verwaltungsangelegenheiten

TOP 7 Anfragen von Mitgliedern der Zweckverbandsversammlung

TOP 8 Verschiedenes

Paderborn, den 4. Dezember 2012

Christoph Schön
Vorsitzender der Verbandsversammlung

ABl. Reg. Dt. 2012, S. 297

Ständige Beilage: Öffentlicher Anzeiger · Einzelpreis dieser Nummer 0,82 €

Gebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 0,92 € – Bezugsgebühren: jährlich 20,45 €

Einzelpreis des Öffentlichen Anzeigers 0,51 € – Bezug und Lieferung des Amtsblattes durch Merkur Druck GmbH + Co.

Postfach 22 53, 32712 Detmold, Am Gelskamp 20, 32758 Detmold

Einzelpreis nur gegen Voreinsendung des Betrages zuzüglich Versandkosten auf das Postbankkonto Hannover Nr. 1649 16-309

In den vorgenannten Preisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten – Erscheint wöchentlich

Redaktionsschluss: Dienstag 17.00 Uhr

Herausgeber: Bezirksregierung Detmold, Leopoldstraße 15, 32756 Detmold – Druck: Merkur Druck, Detmold

ISSN 0003-2298